

Telefon: 0 233-40209
Telefax: 0 233-40447

Sozialreferat
Amt für Wohnen und Migration
S-III-WP/S2

**Informationsreise nach Rumänien
vom 07. - 10. Mai 2017
Dokumentation der Reise und Ergebnisse**

**Projektpatenschaft mit Caritas-Projekt in
Rumänien**

Antrag Nr. 14-20 / A 03157
der Stadtratsfraktion Die Grünen – rosa liste
vom 08.06.2017

Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 00032

3 Anlagen

Beschluss des Sozialausschusses vom 28.05.2020 (SB)
Öffentliche Sitzung

Kurzübersicht
zur beiliegenden Beschlussvorlage

Anlass	<ul style="list-style-type: none">● Antrag Nr. 14-20 / A 03157 vom 08.06.2017● Rumänienreise
Inhalt	<ul style="list-style-type: none">● Dokumentation der Reise und Ergebnisse● Behandlung des o. g. Antrages
Gesamtkosten/ Gesamterlöse	-/-
Entscheidungsvorschlag	<ul style="list-style-type: none">● Die Übernahme einer Projektpatenschaft wird nicht weiter verfolgt.
Gesucht werden kann im RIS auch unter:	<ul style="list-style-type: none">● Obdachlose EU-Zuwander*innen
Ortsangabe	-/-

Telefon: 0 233-40209
Telefax: 0 233-40447

Sozialreferat
Amt für Wohnen und Migration
S-III-WP/S2

**Informationsreise nach Rumänien
vom 07. - 10. Mai 2017
Dokumentation der Reise und Ergebnisse**

**Projektpatenschaft mit Caritas-Projekt in
Rumänien**

Antrag Nr. 14-20 / A 03157
der Stadtratsfraktion Die Grünen – rosa liste
vom 08.06.2017

Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 00032

3 Anlagen

Beschluss des Sozialausschusses vom 28.05.2020 (SB)
Öffentliche Sitzung

I. Vortrag der Referentin

Zusammenfassung

Mit dieser Beschlussvorlage wird über die Informationsreise nach Rumänien berichtet. Der Antrag 14-20 / A 03157 der Stadtratsfraktion Die Grünen – rosa liste (Anlage 1) wird behandelt.

Das Sozialreferat bittet, die späte Bearbeitung des Antrags zu entschuldigen. Die Angebote der Landeshauptstadt München für die Zielgruppe der Zuwander*innen aus den südosteuropäischen EU-Staaten wurden und werden vom Sozialreferat und dem Referat für Arbeit und Wirtschaft in den vergangenen Jahren unterdessen stetig ausgebaut und weiter ausdifferenziert (siehe Punkt 3 dieser Vorlage), auch auf Basis der Erfahrungen dieser Reise.

1 Informationsreise in die Kreise Brasov, Arges und Covasna (Rumänien)

Am 30.03.2017 hat der Stadtrat der Durchführung einer viertägigen Informationsreise nach Rumänien zugestimmt. Bei der Reise im Mai 2017 ging es vorrangig um die Situation der Angehörigen der Roma-Minderheiten in den drei besuchten Landkreisen.

An der Informationsreise haben teilgenommen:

- Stadträt*innen folgender Stadtratsfraktionen: SPD, CSU, Die Grünen – rosa liste, FDP sowie Mitarbeitende der Stadtratsfraktionen der Bayernpartei und der Grünen – rosa liste
- Mitarbeiter*innen aus dem Sozialreferat und dem Referat für Arbeit und Wirtschaft
- Mitarbeiter*innen des Evangelischen Hilfswerkes München gGmbH und der Arbeiterwohlfahrt München

1.1 Dokumentation der Reise durch das Evangelische Hilfswerk München gGmbH

Mit der Organisation, Durchführung und Dokumentation der Reise wurde das Evangelische Hilfswerk München gGmbH (EHW) beauftragt. Das Amt für Wohnen und Migration/Wohnungslosenhilfe und Prävention sowie das rumänische Generalkonsulat waren an der Organisation der Reise beteiligt. Das Sozialreferat dankt dem rumänischen Generalkonsulat für die Unterstützung und den interessanten Informationsabend vor der Reise.

Das Evangelische Hilfswerk ist mit dem Kälteschutzprogramm/Übernachtungsschutz, den Beratungsstellen „Schiller 25“ und „FamAra“ und der Evangelischen Bahnhofsmision sehr intensiv mit der Zielgruppe der obdachlosen EU-Migrant*innen aus Rumänien und Bulgarien in München befasst. Der Träger hatte großes Interesse an der Reise, um zum einen die Lebensverhältnisse der Klient*innen in deren Heimatorten in Rumänien kennenzulernen und um Kontakte zur (Sozial-)Verwaltung und zu sozialen Projekten und Einrichtungen vor Ort aufzubauen.

Rumänischsprechende Mitarbeitende des Evangelischen Hilfswerkes hatten neben der aufwändigen Organisation der Reise und der Planung der Gespräche mit den Präfekten in den verschiedenen Landkreisen die Kontakte zu den sozialen Einrichtungen vor Ort hergestellt und auch bei den Gesprächen gedolmetscht. Für dieses große Engagement gebührt den Kolleg*innen des Evangelischen Hilfswerkes großer Dank.

In Anlage 2 findet sich die Dokumentation des Evangelischen Hilfswerkes. Bei der Informationsreise wurden Fotos gemacht. Aus Datenschutzgründen wird jedoch in der Dokumentation auf Fotos und auch auf die Nennung von Namen verzichtet.

Um sich ein Bild von der Situation der Roma-Minderheiten vor Ort zu machen, empfiehlt sich eine aktuelle Dokumentation des Bayerischen Fernsehens, die noch bis 08.01.2021 in der BR-Mediathek unter dem Titel „Die Bettler aus der Walachei“ zu finden ist. Das in der Dokumentation beschriebene Dorf in der Nähe von Pitesti befindet sich im Kreis Arges, einem der von der Delegation besuchten Landkreise.

Die im Film gezeigte Situation entspricht den Verhältnissen der von der Delegation aus München besuchten Roma-Siedlungen.

1.2 Gewonnene Erkenntnisse aus der Informationsreise

Die Delegation aus München hat sich bei den Besuchen in den Präfekturen, den Roma-Siedlungen und bei den Projektbesuchen über die Themen Kinder und Kinderschutz, Schulbildung, Ausbildung und über die Arbeitsmarktsituation für die Roma-Bevölkerung informiert. Weitere Themen waren das Krankenversicherungssystem, Bewährungshilfe, die Vorstellung der Agentur für Nachhaltige Entwicklung und eine Diskussion mit einem Vertreter der Roma-Partei.

Die ausführliche Beschreibung der Gespräche mit den Präfekturen und der Projektbesuche findet sich in der Dokumentation in der Anlage 2.

Durch die Organisation und Durchführung der Reise ist für die beteiligten Träger ein Pool an hilfreichen Kontakten entstanden. Dies führt zu einer besseren Vernetzung aller Beteiligten und hat insbesondere positive Auswirkungen für die Rückkehrberatung der Anlaufstelle „Schiller 25“. Eine weitere Vernetzung mit den Kommunen, sozialen Einrichtungen und Nichtregierungsorganisationen in den besuchten Landkreisen ist von Seiten des Evangelischen Hilfswerkes geplant. Ziel dieser Vernetzung ist zum einen die Klärung von Unterstützungsmöglichkeiten für EU-Bürger*innen, die in ihren Heimatort zurückkehren möchten, und zum anderen daran mitzuwirken, dass die Menschen besser vorbereitet nach München kommen und wissen, was sie hier auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt erwartet.

Alle Teilnehmer*innen der Reise kamen mit vielen bereichernden aber auch sehr widersprüchlichen Eindrücken zurück. Die Armut, die prekären Verhältnisse und auch die Perspektivlosigkeit, in der die Menschen in den besuchten Roma-Siedlungen leben, war bedrückend. Zugleich waren alle von der Gastfreundschaft, der landschaftlichen Vielfalt Rumäniens und den engagierten Menschen vor Ort begeistert. Bei den Projektbesuchen haben die Teilnehmer*innen der Reise wirkungsvolle Bildungs- und Berufsbildungsmaßnahmen mit motivierten Menschen kennengelernt. Die verschiedenen Begegnungen und Gespräche mit Politik, Verwaltung, NGOs und sozialen Einrichtungen waren intensiv, informativ und sehr spannend. Alle Beteiligten der Reise sehen dringenden politischen Handlungsbedarf in Rumänien auf nationaler und lokaler Ebene.

Die Frage, warum die Angehörigen der Roma-Minderheit aus Rumänien nach München und in viele andere europäische Städte migrieren, war für alle Beteiligten nach der Reise recht eindeutig beantwortet. Die Lebensbedingungen in den besuchten Roma-Siedlungen wurden von der Delegation aus München als sehr

prekär eingeschätzt. Auch wenn die Wohnungssuche in München für diesen Personenkreis extrem schwierig ist, gibt es dennoch in München (und anderen europäischen Großstädten) wesentlich bessere Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt bzw. bessere Möglichkeiten Einkommen durch Betteln zu erzielen. Viele der Eltern, die mit ihren Kindern in den Roma-Siedlungen leben, wünschen sich für ihre Kinder bessere Bildungschancen und Zukunftsperspektiven und wandern deshalb in andere EU-Staaten aus.

Diese Sichtweise der Eltern wird durch ein Papier der Europäischen Union zur Situation der Roma-Bevölkerung in vier EU-Staaten bestätigt. Allen Ländern wird empfohlen, als dringlichste Maßnahme die Schulbildung für Roma-Kinder zu ermöglichen bzw. zu verbessern¹.

2 Projektpatenschaft mit Caritas-Projekt in Rumänien – Antrag Nr. 14-20 / A 03157 der Stadtratsfraktion Die Grünen – rosa liste vom 08.06.2017

Die Antragstellerinnen und Antragsteller regen an, dass das Sozialreferat gemeinsam mit dem Referat für Arbeit und Wirtschaft eine Projektpartnerschaft mit dem Caritas Roma Projekt in Örko – Sf. Gheorghe in Rumänien etabliert. Es soll eruiert werden, in welchem Umfang die Landeshauptstadt München mit Ressourcen, Know-how sowie finanziellen Mitteln aushelfen kann (vgl. Anlage 1).

Aus Sicht der Stadtverwaltung ist eine Unterstützung mit finanziellen Mitteln aus München nicht notwendig, weil es – im Besonderen für die Roma-Minderheiten – verschiedene EU-Fördermittel und EU-Programme gibt, die bislang vom rumänischen Staat bzw. den dortigen Kommunen nur zu einem Teil abgerufen und umgesetzt werden. Bildungs- und Qualifikationsprojekte können beispielsweise mit Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) gefördert werden. Für Strukturmaßnahmen können Mittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) beantragt werden. In jedem EU-Land gibt es spezifische ESF- und EFRE-Strukturen und Expertinnen und Experten für EU-Fragen. Laut den Recherchen des Referates für Arbeit und Wirtschaft gibt es sowohl für die programmatische Betreuung der Fonds wie auch für die Verwaltung der Mittel zuständige Organisationen in Rumänien (<http://www.fonduri-ue.ro/> und <http://www.fonduriadministratie.ro/ro/>).

Laut der Bundesagentur „Germany Trade und Invest“ hatte Rumänien in der letzten Förderperiode eine besonders niedrige Abrufquote von EU-Mitteln. Zum Beispiel wurden gemäß der Kommission erst 11,4 % der gesamten EU-Mittel für Rumänien in Höhe von 39 Mrd. Euro für 2014 – 2020 genehmigt und hiervon nur 0,5 % ausgegeben.

1 EuroCities: European Semester 2017: Country Specific Recommendations Thematic Analysis on Roma

Diese Schwierigkeiten bei der Ausschöpfung der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel können nicht auf kommunaler Ebene, von Seiten der Landeshauptstadt München, sondern nur auf bundes- bzw. europapolitischer Ebene gelöst werden.

Die Stadtverwaltung München ist grundsätzlich auch über EUROCITIES mit anderen europäischen Kommunen im Austausch. Konkret erfolgt über dieses Netzwerk ein Informationsaustausch über kommunalplanerische Angelegenheiten und zur Lobby-Arbeit gegenüber der Europäischen Union.

Der ESF fördert unter anderem den transnationalen Erfahrungsaustausch. Es könnten u. U. Projekte zur berufsvorbereitenden Qualifikation und zur Arbeitsmarktintegration entwickelt werden, die von den Erfahrungen mit dem Münchner Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramm (MBQ) profitieren könnten. Andere EU-Fördermöglichkeiten, wie beispielsweise das Donauraumprogramm müssten analysiert werden. Für die im Sozialreferat/Amt für Wohnen und Migration mit den Zielgruppen befassten Abteilungen (Abt. Wohnungslosenhilfe und Prävention und Abt. Migration, Integration, Teilhabe) ist es aufgrund der vielfältigen Aufgaben in den Bereichen Wohnungslosenhilfe und Migration/Integration in München derzeit nicht möglich, weitergehende personelle Ressourcen für diese wichtigen europapolitischen Maßnahmen zur Verfügung zu stellen. Die sich in diesem Themenbereich ergebenden Fragen und Handlungsbedarfe müssen vor allem auf Ebene der Europäischen Union gelöst werden. Mitunter wäre es dringend geboten, einen EU-weiten Mindestlohn einzuführen.

Aus Sicht des Sozialreferates/Amt für Wohnen und Migration ist es wünschenswert, dass die an der Reise beteiligten freien Träger (EHW und AWO) die geknüpften Kontakte zu den Gesprächspartner*innen in Rumänien aufrechterhalten und vertiefen können. Dafür können im Rahmen des bestehenden Zuschusses auch Mittel, z. B. für Fahrtkosten, zur Verfügung gestellt werden.

3 Situation der obdachlosen EU-Bürgerinnen und EU-Bürger aus Rumänien (und Bulgarien) in München

Die Situation der Zuwanderinnen und Zuwanderer aus den neuen EU-Beitrittsstaaten, die in München Arbeit und Wohnraum suchen, wurde u. a. in den beiden Stadtratsvorlagen „Runder Tisch Armutszuwanderung aus EU-Ländern (Südosteuropa)“ detailliert vorgestellt (siehe Sitzungsvorlage Nr. 08-14 / V 13716 vom 19.02.2014 und Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 09498 vom 09.11.2017). Die referatsübergreifende Arbeitsgruppe EU-Zuwanderer in prekären Lebenslagen in der Federführung von S-III-MI besteht nach wie vor und organisierte im

Februar 2020 einen Workshop mit der Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege (ARGE Freie), um eine gemeinsame Positionierung von Stadtverwaltung und Verbänden im Themenfeld „EU-Zuwanderung“ zu erreichen. Die Ergebnisse und Forderungen dieses Workshops werden nach Abstimmung mit allen beteiligten Referaten in den Deutschen Städtetag und nach Möglichkeit auch auf europäischer Ebene eingebracht.

Aufgrund der Ergebnisse des Runden Tisches Armutszuwanderung und der Forderungen des Regionalen Netzwerkes für soziale Arbeit in München (REGSAM) sowie der Träger aus dem Migrations- und Wohnungslosenhilfebereich sind in München zahlreiche Projekte und Angebote für die Zielgruppe entstanden. Dies sind u. a. das Kälteschutzprogramm, das inzwischen zum ganzjährigen Übernachtungsschutz ausgebaut wurde, das Beratungscafe der AWO mit dem Infozentrum Migration und Arbeit, die Anlauf- und Beratungsstelle „Schiller 25“, die Clearingstelle für Nicht-Versicherte, die Einrichtung „FamAra“ für obdachlose Zuwanderer-Familien, das Caritas-Projekt „Bildung statt Betteln“, das DGB-Projekt „Faire Mobilität“ und verschiedene Angebote zur medizinischen Versorgung.

Die Angebote finden sich gebündelt in der Regsam-Broschüre „Zuwanderung aus Süd- und Osteuropa – Beratungs- und Hilfsangebote in München“ (vgl. Anlage 3)

Anhörung des Bezirksausschusses

In dieser Beratungsangelegenheit ist die Anhörung eines Bezirksausschusses nicht vorgesehen (vgl. Anlage 1 der BA-Satzung).

Abstimmung mit anderen Referaten und Stellen

Die Beschlussvorlage wurde mit dem Referat für Arbeit und Wirtschaft abgestimmt.

Der*dem Korreferent*in des Sozialreferates, der Stadtkämmerei, dem Referat für Arbeit und Wirtschaft, der Gleichstellungsstelle für Frauen und dem Sozialreferat/Stelle für interkulturelle Arbeit ist ein Abdruck der Sitzungsvorlage zugeleitet worden.

II. Antrag der Referentin

1. Der Bericht zur Rumänienreise wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Antrag „Projektpatenschaft mit Caritas-Projekt in Rumänien“ ist durch die Unterstützung der Kontakte der Freien Träger bestmöglich umgesetzt.
3. Der Antrag Nr. 14-20 / A 03157 der Stadtratsfraktion Die Grünen - rosa liste vom 08.06.2017 ist geschäftsordnungsgemäß behandelt.
4. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

III. Beschluss

nach Antrag.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Die*Der Vorsitzende

Die Referentin

Bürgermeister*in

Dorothee Schiwy
Berufsm. Stadträtin

IV. Abdruck von I. mit III.

über D-II-V/SP

an das Direktorium – Dokumentationsstelle

an die Stadtkämmerei

an das Revisionsamt

z.K.

V. Wv. Sozialreferat

1. Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.

2. **An das Sozialreferat, Stelle für interkulturelle Arbeit**

An die Gleichstellungsstelle für Frauen

An das Referat für Arbeit und Wirtschaft

z.K.

Am

I.A.